



Drama im Flüchtlingsquartier in Bad Kreuzen (Bezirk Perg): Hochschwängere verblutete nach Aorta-Riss im Notarzwagen. Foto: APA

Schwangere Asylantin verblutet „Arzt eine Stunde lang tatenlos“

BAD KREUZEN. Ein Aorta-Riss kostete einer hochschwangeren Asylwerberin aus Tschetschenien im Asylheim in Bad Kreuzen das Leben. Während die Angehörigen schwere Vorwürfe erheben, sprechen Polizei und Rettung von einer „geschlossenen Rettungskette“.

Das Drama ereignete sich vergangenen Sonntagabend. Die Kinder der im neunten Monat schwangeren 40-Jährigen, im Alter von sieben, acht und neun Jahren, informierten die Lagerleitung, dass es der Mutter schlecht gehe. Soweit decken sich die Versionen der Angehörigen und der offiziellen Stellen.

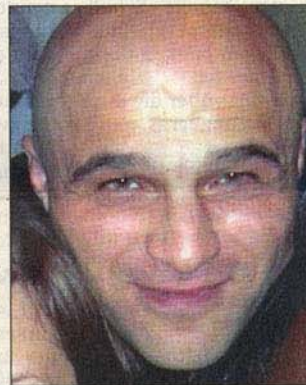
Laut Polizei und Rettung sei daraufhin sofort eine Rettungsaktion eingeleitet worden. Landesrettungskommandant des Roten Kreuzes, Christoph Patzelt: „Der erste Hilferuf des Roten Kreuzes ging um 20.47 Uhr ein. Neun Minuten später war der Rettungswagen vor Ort. Die Sanitäter riefen den Notarzt an.



Sicherheitsdirektor Lißl (Petuely)

Dieser traf entsprechend der Entfernung um 21.17 Uhr ein. Um 21.33 Uhr war die Frau unterwegs ins Spital. Sie musste bereits im Wagen reanimiert werden“, sagt Patzelt.

Im Krankenhaus Amstetten konnte nur noch der Tod der Tschetschenin festgestellt werden. Die Obduktion ergab einen „Blitz-Tod“ infolge Aorta-Risses. Auch das ungeborene



Cakl, SOS Menschenrechte (privat)

Kind überlebte nicht. Der Witwer behauptet hingegen, der zuständige Hausarzt habe sich nach der Alarmierung durch die Kinder eine Stunde lang geweigert, Hilfe zu holen.

Angebliches Argument: Die Schwangere „simuliere“, um einer drohenden Abschiebung zu entgehen. Sicherheitsdirektor Alois Lißl widersprach dem Vorwurf der unterlassenen Hil-

feistung gegen den Arzt: „Die Rettungskette war geschlossen. Es wird vorerst nicht mehr ermittelt.“ Die Linzer Staatsanwaltschaft will nun den Polizeibericht abwarten, ehe über weitere Schritte entschieden wird.

Vorwürfe untersuchen

„Wir fordern die Behörden auf, amtswegige Ermittlungen zu führen. Ansonsten werden wir Anzeige erstatten“, sagt Philipp Sonderegger von der Menschenrechtsorganisation „SOS Mitmensch“. Dieser Forderung schlossen sich auch die Grünen, der Verein „Europäisch-Tschetschenische Gesellschaft“ und Christian Cakl, Geschäftsführer von „SOS Menschenrechte“ an. „Wir treten dafür ein, dass jeder Mensch die gleiche medizinische Versorgung bekommt. Die Vorwürfe müssen untersucht werden“, sagt Cakl.

Die betroffene Familie, die aus der kaukasischen Region Inguschეთien stammt, will nun in ihre Heimat zurückkehren.